D 4 Positionierung zu Vollverschleierung in öffentlichen Gebäuden

Gremium:	Landesarbeitsgemeinschaft Säkulare Grüne
Beschlussdatum:	02.04.2021
Tagesordnungspunkt:	1. Anträge

Antragstext

Positionierung zu Vollverschleierung in öffentlichen Gebäuden

Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein positionieren sich mit diesem Antrag zur Vollverschleierung. Dem voraus gingen die Bitte der Universität Kiel, ein Verbot der Vollverschleierung zu ermöglichen und darauffolgend ein Dissens darüber in der Landespolitik. Auch in unserer Partei wurde sehr intensiv über die Gründe des Tragens von Burka und Niqab und über mögliche Verbote diskutiert. In zahlreichen erst physischen, dann digitalen Sitzungen wurde sich inhaltlich ausgetauscht und um eine Positionierung der Partei gerungen.

Mit Sorge sehen wir, dass sich Menschen und Gruppierungen in ganz Europa[1] nicht vollumfänglich an freiheitliche, gesellschaftliche Konsense halten und ihre religiös, kulturell oder familiär geprägten Normen durchzusetzen versuchen. Diesen Tendenzen erteilen wir Grünen eine deutliche Absage.

Wir betonen unsere Ablehnung jedweder radikalen, fundamentalistischen Auslegung von Religion und damit auch jedes Zwangs zur Verschleierung. In unserer aufgeklärten Kultur blicken wir uns in die Gesichter, hören uns zu und erhalten gegenseitig einen Eindruck von der mentalen Verfassung und eventuellen Not- oder Bedürftigkeitslagen unserer Mitmenschen. Diesen Konsens kündigt eine Vollverschleierung bewusst auf, denn sie bedeutet eine asymmetrische Kommunikation. Somit widerspricht sie unserem gegen massive Widerstände errungenen gesellschaftlichen und politischen Konsens auf freie Kommunikation und gleichberechtigte Teilhabe.

Wir stellen uns klar entgegen, wenn die freiheitliche Gesellschaft in Frage gestellt wird. Wir wollen zugewanderte Menschen, die aufgrund von Unfreiheit und Drangsalierung in ihren Heimatstaaten bei uns Zuflucht suchen, auch hier vor Ort gemeinsam vor extremistischen Tendenzen schützen.

Wir setzen uns überall für Gleichberechtigung der Geschlechter ein, selbstverständlich auch in religiösen Kontexten. Alle Menschen haben als Träger*innen von Grundrechten grundsätzlich das Recht auf die freie Wahl ihrer Kleidung. Dem gegenüber steht, dass die Vollverschleierung als Symbol der Unterdrückung von Frauen durch patriarchale Strukturen von islamistisch-faschistoiden Gruppierungen aus dem salafistischen Spektrum oder dem IS bewusst gesetzt wird.[2]

Die Mittel und Wege hiergegen heißen Radikalisierungsprävention, entschiedener Widerspruch gegen Versuche, den öffentlichen Raum zu okkupieren oder Frauen zu instrumentalisieren, sowie konsequente rechtliche Sanktionen gegen verfassungsfeindliche Vereins- und Gruppenstrukturen.[3] Wir unterstützen säkulare Reformbewegungen innerhalb aller Religionen und bieten Menschen, die religiösen, kulturellen oder familiären Druck ausgesetzt sind, staatliche Beratung und Unterstützung an. Bestehende Unterstützungsangebote sind diesbezüglich zu diversifizieren.

Als feministische Partei zielen unsere Maßnahmen gegen die Verursacher*innen von Unterdrückung und gegen Diskriminierungsstrukturen. Wir unterstützen Frauen, die von Unterdrückung betroffen sind und wollen sie nicht isolieren.

Wir betonen, dass Bildung seit jeher Schlüssel zu Emanzipation und Aufklärung ist. Ziel aller unserer Maßnahmen muss daher sein, Opfer von Unterdrückung und patriarchalen Strukturen den Weg zu Bildungseinrichtungen und die Teilnahme am offenen Diskurs auch weiterhin offen zu halten.

Global dominieren immer mehr Gesellschaften und Ordnungsvorstellungen, in denen Frauen in eine untergeordnete Rolle als (männlich) verfügbare, sexualisierte Objekte gezwungen werden und sich im Zuge der (optischen) Durchsetzung dieser auch verhüllen müssen. Dennoch existiert auch global betrachtet kein religiöses Gebot zur (Voll-)Verschleierung, lediglich patriarchal motivierte staatliche Gesetze sowie kulturelle Zwänge.[4]

Männer werden in dieser Logik von jeder Möglichkeit zur Affektkontrolle freigesprochen. Daraus ergibt sich für alle nicht verhüllten und somit „ehrlosen“ Frauen ein hohes Risiko an psychischer, physischer und sexualisierter Gewalt.

Eine Vollverschleierung wird in Deutschland jedoch, anders als in islamistischen Staaten, von den Frauen häufig freiwillig getragen, um ihre Demokratie-, Menschen- und Frauenrechtsverachtung mit deutlicher Symbolik zum Ausdruck zu bringen. In den verbleibenden Fällen wird von Familien und sozialem Umfeld auf die Frauen ein zwangsgleicher Druck zur Verhüllung ausgeübt.[5]

Doch auch hier werden Frauen, die die Verhüllung ablehnen und ablegen, häufig massiv drangsaliert, bedroht oder ermordet.[6]

Für viele Menschen aus muslimisch geprägten Gesellschaften ist die emanzipierte westeuropäische Demokratie ein Vorbild und Hoffnungsschimmer, auch für die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihren Heimatländern.[7]

Wenn Frauenrechte in Teilbereichen der Gesellschaft erodieren, wirkt sich dies über transgenerative Weitergabe sowie Nachahmung auch auf die gesamte Gesellschaft und damit die gesellschaftliche Stellung aller Frauen aus.[8]

Für uns gilt weiterhin: In einer Zeit gezielter Spaltungsbestrebungen von islamistischer und rechter Seite ist es unumgänglich, Streitfragen sachlich zu diskutieren. Klar ist, dass wir die handelnden Akteur*innen an den Hochschulen mit diesen Fragen nicht allein lassen werden und die Verantwortung nicht auf die einzelne Bildungseinrichtung oder die individuelle Lehrperson verlagern wollen. Nach Geschlechtern getrennte Lehrveranstaltungen, extrem komplizierte Prüfungsmodalitäten oder andere dem Miteinander und gegenseitigen Austausch entgegenstehende Konsequenzen, wären für uns inakzeptabel.

Aus dieser Ausgangslage heraus ergeben sich für uns zwei mögliche Positionierungen:

1. Ein Verbot der Vollverschleierung in öffentlichen Bildungseinrichtungen und anderen öffentlichen Gebäuden würde das Problem der Unterdrückung durch Verschleierungszwang aus Teilen des öffentlichen Raums in die

Unsichtbarkeit verdrängen, aber gewiss nicht lösen. Ein Vollverschleierungsverbot lehnen wir deshalb ab.

2. Ein Verbot der Vollverschleierung in öffentlichen Bildungseinrichtungen und anderen öffentlichen Gebäuden halten wir als säkulare, feministische Partei für ein erstes wichtiges Signal. Wir wollen ausdrücklich nicht, dass zutiefst misogyne Ideologien vorgeben, welche Person sich verschleiert oder verschleiern muss, um Verachtung der Frauenrechte sowie unserer Demokratie im Allgemeinen zum Ausdruck zu bringen. Stattdessen brauchen wir eine staatliche Regelung, um die Ausbreitung von islamistischen Strukturen und Ideologien auch in Schleswig-Holstein zu unterbinden.[9]
   Die Anerkennung eines fundamentalistischen Symbols durch unsere Partei – selbst bei gut gemeinter Verkennung der tatsächlichen Sachlage – wäre für die Betroffenen ein fatales Signal mit realen, gewaltbehafteten Auswirkungen und würde ausschließlich Fundamentalist*innen und Vertreter*innen des legalistischen Islam in die Hände spielen.[10]
   Außerdem erkennen wir an, dass die große Mehrzahl unserer Wähler*innen eine Toleranz von Vollverschleierung aus guten Gründen nicht nachvollziehen könnte.
   Die Debatte um den isolierten Partikularaspekt Vollverschleierung hat auch uns als Partei aufgezeigt, dass wir diesbezüglich starken Nachholbedarf haben. Wir als Partei müssen und wollen uns zukünftig deutlich ausführlicher und breiter mit dem Themenkomplex Islamismus und Stärkung davon Betroffener – also insbesondere von Frauen und Kindern mit Migrationsgeschichte – unter Einbindung dieser auseinandersetzen. Der Landesvorstand und unsere Landesarbeitsgemeinschaften werden diesen Dialogprozess gemeinsam und engagiert voranbringen.

Wir als Landesverband werden uns unabhängig von der Positionierung zu Vollverschleierung noch mehr mit säkularen Muslim*innen, Ex-Muslim*innen und weiteten von Islamismus betroffenen Gruppen und Einzelpersonen auseinandersetzen und diese aktiv verstärkt in unsere politischen Prozesse einbinden. So werden wir thematisch wie personell auf kommende Debatten weitaus besser vorbereitet sein und können als Partei vor allem selbst ganzheitlich gedachte politische Initiativen zur weiteren Verbesserung der Situation marginalisierter Gruppen ergreifen.

Fußnoten/weiterführende Quellen:

[1] Zur Situation in Frankreich https://www.deutschlandfunk.de/kulturkampf-in-frankreich-radikale-islamisten-erobern.886.de.html sowie zur Situation in der Schweiz https://www.blick.ch/news/islamisten-paradies-schweiz-hetzen-planen-finanzieren-id95547.html

[2] Rana Ahmad, Frauen dürfen hier nicht träumen

[3] Susanne Schröter "Politischer Islam – Stresstest für Deutschland" sowie Ahmad Mansour in: https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus229086699/Islamismus-Wie-der-legalistische-Islam-unsere-Demokratie-bedroht.html

[4] Abdel-Hakim Ourghi - Ihr müsst kein Kopftuch tragen (2018), hier ein kostenloser Artikel:https://rp-online.de/politik/deutschland/abdel-hakim-ourghi-das-kopftuch-ist-ein-instrument-der-unterwerfung_aid-24216549

[5] s. Ergebnisse der Anhörung im Landtag SH zur Vollverschleierung

[6] Diese Fälle, die auch in Deutschland häufig zu beklagen sind, finden sich seit dem Jahr 2000 auf der Seite www.ehrenmord.de .

[7] Rana Ahmad, "Frauen dürfen hier nicht träumen"

[8] Ayan Hirsi Ali, This is cultural suicide in: http://www.weltwoche.ch/International sowie Ayaan Hirsi Ali "Prey. Immigration, Islam, and the Erosion of Women's Rights" Januar 2021 bei Harper Collins, New York

[9] Ahmad Mansour: Klartext Integration – Gegen falsche Toleranz und Panikmache https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus229086699/Islamismus-Wie-der-legalistische-Islam-unsere-Demokratie-bedroht.html

[10] Bassam Tibi in: https://discourse.netzbegruenung.de/t/ohne-leitkultur-kann-die-integration-muslimischer-einwanderer-nicht-gelingen/14899/239 sowie Pascal Bruckner in: https://taz.de/Islamismus-und-Gesellschaft/!5722020/

Begründung

Erfolgt mündlich in Einbringungsreden für die beiden zur Wahl stehenden Positionen.

Unterstützer*innen

Björn Hennig (KV Ostholstein); Valerie Wilms (KV Pinneberg); Ulrich Hühn (KV Kiel)